

Stolper Post

**Tageszeitung
für Stadt und Land**



**Amtliches
Anzeigen-Blatt**

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Bestellgeld. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-spaltige Beizeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlaß; die 3-spaltige Reklamzeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 242

Stolp, Sonnabend, den 15. Oktober 1927

51. Jahrgang

Das Schulgesetz im Reichsrat.

Die Ausschussfassung mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Der Reichsrat hat am Freitag den Entwurf zu einem Reichsschulgesetz in der Ausschussfassung mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Bayern, Anhalt, Oldenburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und die preussischen Provinzen mit Ausnahme von Berlin und Provinz Sachsen. Der ablehnende Beschluß des Reichsrats, der allgemein überrascht ist, darauf zurückzuführen, daß einige Provinzen wegen der Beschränkung der Schutzfrist auf fünf Jahre in letzter Minute abgesprungen sind. Die Reichsregierung wird nunmehr den Entwurf in un- veränderter Form dem Reichstag vorlegen. Einleitend hatte Ministerialdirektor Kaestner über die Ausschussverhandlungen Bericht erstattet. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer erklärte, daß ohne finanzielle Reichshilfe eine geordnete Durchführung des Gesetzes nicht möglich sei. In der Einzelberatung wurde eine Reihe von bayerischen Anträgen, die gegenüber den Ausschussbeschlüssen die Regierungsvorlage wieder herstellen sollten, abgelehnt. Bereits bei Paragraph 2 sah sich infolgedessen Reichsinnenminister von Neudell gezwungen, zu erklären, daß er die Zustimmung der Reichsregierung zu den Ausschussbeschlüssen nicht in Aussicht stellen könne.

Zu Paragraph 20, der die Ausnahmebestimmungen für die Simultankinder enthält, beantragte Reichsinnenminister v. Neudell selbst eine Neuerung dahingehend, daß die Ausnahmen gelten sollen für „alle Gebiete des Reiches, in denen eine nach Bestimmungen nicht getrennte Volksschule besteht“. Der Antrag der Reichsregierung, die Ubergangsfrist wieder auf fünf Jahre zu beschränken, wird mit 51 gegen 17 Stimmen angenommen.

Der Antrag des Reichsinnenministers wurde mit 39 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Der Ausschussantrag, der die Ausnahmegebiete aufzählt, wurde erweitert durch die Aufnahme Mecklenburg-Schwerins. In dieser erweiterten Fassung wurde er angenommen.

Vor der Schlussabstimmung wiederholte Reichsminister von Neudell für die gesamten Reichsratsbeschlüsse die Erklärung, daß die Reichsregierung der Vorlage wegen der darin enthaltenen Änderungen nicht zustimmen könne.

Der Reichsleiterbund gegen die preussischen Anträge. Der Vorstand des evangelischen Reichsleiterbundes hat zu den Anträgen der preussischen Regierung zum Reichsschulgesetzentwurf in einer Denkschrift Stellung genommen, die schon dem Reichsminister des Innern übermittelt wurde. Der Reichsleiterbund gibt darin u. a. den ernstlichen Bedenken der evangelischen Elternschaft gegen die von Preußen vorgeschlagene Regelung des Ueberleitungsverfahrens (Paragraph 18) Ausdruck. Er fordert im Interesse einer vereinfachten und reibungslosen Ueberleitung das Festhalten an der gleichen Behandlung aller gesetzlichen Schularten, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht.

Die preussische Befoldungsvorlage.

Aus dem Preussischen Landtage.

— Berlin, 14. Oktober 1927.

Nach Erledigung einiger Anträge beschäftigte sich der Landtag heute mit der Befoldungsvorlage, die Finanzminister Dr. Höpfer-Arschoff in längerer Rede begründete. Der Minister erklärte, daß die bisherige Beamtenbefoldung nicht ausreichend gewesen sei. Die vorliegende Befoldungsreform könne man vom Standpunkt des Staates aus als sehr weitgehend bezeichnen. Trotzdem die Erhöhungen teilweise 16 bis 17 Prozent betragen, würden einige Beamten relativ noch immer unter den Friedensgehältern bleiben. Auch der Reparationsagent habe erkannt, daß die Beamtenbefoldung in Deutschland zu niedrig sei. Die preussische Befoldungsreform sei in erfreulicher Zusammenarbeit mit dem Reich aufgebaut wie die Reichsordnung. Im Jahre 1927 könne der größte Teil des durch die Befoldungsreform veranlaßten Mehraufwandes aus höheren Steuerentnahmen gedeckt werden. Preußen brauche allerdings zum Teil die Hilfe des Reiches, die möglich sei durch Juan- spruchnahme der im Reichsetat vorhandenen Garantiesumme von 65 Millionen.

1928 könne der volle Mehraufwand von Preußen aus eigenen Mitteln nicht gedeckt werden, weshalb Preußen im Reichsrat den bayerischen Antrag auf Änderung des Finanz- ausgleichs unterstützt hat. Es sei aber noch eine offene Frage, ob das Reich helfen werde.

Die Deckung der Mehrkosten bringe die Gemeinden in dieselbe Lage wie den Staat; jedoch könnten auch die Gemeinden mit 87,2 Millionen mehr aus Reichssteuern rechnen, mit 20 Millionen mehr aus der Hauszinssteuer und mit 50 Millionen mehr aus der Gewerbesteuer. Unter allen Umständen solle die Befoldungserhöhung ohne Steuererhöhung durchgeführt wer-

den. Deshalb sei auch kein wirtschaftlicher Grund für Preissteigerungen gegeben.

Der Minister ging dann ausführlich auf die Darlegungen des bayerischen Finanzministers im Bayerischen Landtag ein, die sich auf die Mehrsteuer-Entscheidung und die Postabfindung beziehen und die der preussischen Regierung einen Mangel an bundesfreundlicher Gesinnung vorwerfen. Preußen wolle den bayerischen Rechtsanspruch an sich nicht bestreiten; es verlange nur die gleichzeitige und gleichmäßige Befriedigung gleichgearteter preussischer Ansprüche. Es sei weder unbillig, noch bundesunfreundlich, wenn Preußen verlangt, daß seine Ansprüche in demselben Ausmaß berücksichtigt werden wie die bayerischen Ansprüche.

Abg. Kasper (Komm.) meinte, die Befoldungsreform vermehre noch die bisher schon bestehenden Ungerechtigkeiten. Abg. Dr. Körner (Völk.) dankte der preussischen Staatsregierung, daß sie sich der Not der Beamenschaft angenommen habe und forderte, daß vor allem jeder Preistreiber entgegengearbeitet werde.

Von den übrigen Parteien wird das Wort nicht genommen. Die Vorlage geht an den Hauptausschuss, der in der nächsten Woche seine Beratungen beginnen wird.

Bei Erledigung kleinerer Vorlagen überwies das Haus noch einen volksparteilichen Antrag auf Ermäßigung der Gütertarife der Reichsbahn dem Verkehrsausschuss und vertagt sich auf den 14. November.

Tschitscherin ruft Katsowski ab.

Wie Havas berichtet, hat die Sowjetregierung offiziell am Quai d'Orsay von der Abberufung des Botschafters Katsowski Kenntnis gegeben. Die Sowjetregierung denkt an seiner Stelle den ehemaligen Volkskommissar für Postwesen und derzeitigen Sowjetgesandten in Tokio, Dobgalewsky, zum Sowjetbotschafter in Paris zu ernennen.

Tschitscherin hat den Entschluß der Sowjetregierung, Katsowski abberufen, dem französischen Botschafter Herbet in einer ausführlichen Note mitgeteilt, in der er noch einmal die Auffassung vertritt, daß ein Grund zur Abberufung Katsowskis eigentlich nicht vorliegt. Die Note bestreitet zwar nicht das Recht Frankreichs, die Abberufung zu verlangen, aber diese Forderung müsse erst begründet sein. Mit den in der französischen Note dargelegten Gründen könne sich die Sowjetregierung aber nicht einverstanden erklären. Tschitscherin weist dann darauf hin, daß der zur Begründung herangezogene Vorfall bereits durch gegenseitige Erklärungen erledigt gewesen sei. Die Note wendet sich weiter gegen angeblich entstellte Meldungen der französischen Presse über die Haltung Anstalts in der Frage der Vorkriegsschulden. Dieser Umstand habe Katsowski veranlaßt, seine Mitteilung über die erzielte Verständigung und über die noch übrig gebliebenen Differenzen zu veröffentlichen.

Am Schlusse der Note heißt es: Sieht man von den in Ihrer Note angeführten und vorstehend analysierten Gründen für eine Abberufung Katsowskis, deren Haltlosigkeit klar ist, ab, so bleibt nur die Tatsache einer formellen Forderung der französischen Regierung auf Abberufung Katsowskis. Die Sowjetregierung stellt nicht in Abrede, daß die französische Regierung berechtigt ist, zu verlangen, daß der Botschafter ersetzt werde. Sie kann die Tatsache einer derartigen Forderung seitens der französischen Regierung nicht unberücksichtigt lassen trotz der Haltlosigkeit der Motive, die der Sowjetregierung dargelegt wurden. Die Sowjetregierung sieht sich infolgedessen gezwungen, Katsowski von den Pflichten eines Botschafters in Frankreich zu entbinden und seinen Nachfolger zu ernennen, für den sie schon jetzt das Agreement der französischen Regierung erbittet.

Der derzeitige Sowjetbotschafter in Tokio, Dobgalewsky, für den die Sowjetregierung das Agreement der französischen Regierung als Sowjetbotschafter in Paris anstelle Katsowskis nachgesucht hat, ist von Beruf Elektroingenieur. Unter der zaristischen Regierung war er wegen seiner politischen Tätigkeit nach Sibirien deportiert worden, von wo er 1908 flüchtete. Nach der Revolution bekleidete er, wie bereits gemeldet, zunächst den Posten eines Volkskommissars.

Das Echo in Paris. Die Pariser Presse äußert sich über die Abberufung Katsowskis sehr befriedigt, spricht aber die Hoffnung aus, daß sein Nachfolger nicht in seine Fußstapfen treten möge.

Im „Matin“ wird ausgeführt: Wir verlangen von dem neuen russischen Botschafter keine Rechenschaft über seine Ansichten, uns interessiert nur seine Haltung.

Im „Echo de Paris“ heißt es: Die Sowjets haben nachgegeben. Sie wollten vor allem den Abbruch der Beziehungen vermeiden, zum wenigsten für den Augenblick. Wenn es dabei bleiben sollte, so ist der Misserfolg für sie nur ein anscheinender. Katsowski oder Dobgalewsky, das ist kein Unterschied. Das wesentliche für sie ist, einen Botschafter in Paris zu haben.

„Journal“ erklärt u. a.: Für den Augenblick genügt die Feststellung, daß die Sowjets die Wichtigkeit der Aufrechter-

haltung der Beziehungen zu Frankreich über jede Prestigefrage gestellt haben.

„Figaro“ schreibt: Die Sowjets senden uns einen Botschafter, der weniger kompromittiert ist als Katsowski, der also geschickter und wirksamer für die Sache der sozialen Zerstörung wirken kann. Wir überlassen es anderen, diese Stärkung der bolschewistischen Propagandamittel in Frankreich als einen Erfolg unserer Politik zu rühmen.

Die finanzielle Verflavung Europas.

Auch Polen bekommt einen Dawesplan.

Berlin, 14. Oktober. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, hat Polen mit der Unterschrift unter seine Anleihe eine Art von Dawesplan angenommen und sich zu einer genau geregelten Finanzwirtschaft unter Kontrolle eines Vertrauensmannes der amerikanischen und westeuropäischen Banken verpflichtet, so zu einer Reorganisation seiner Staatsbahnen in der Form der Selbstverwaltung bezw. in privatwirtschaftlicher Form. Das polnische Steuerystem muß gemäß den „Ratschlägen“ des amerikanischen Finanzkontrolleurs geändert werden.

Die Sorgen des Einzelhandels.

Eine Rede des preussischen Handelsministers.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, hielt am Mittwoch vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels eine Rede, in der er dem Wunsch Ausdruck gab, daß alle Kreise unserer Wirtschaft volkswirtschaftliche Einsicht genau haben werden, um eine zusätzliche Kaufkraft, wie sie die Befoldungsordnung für die deutsche Beamenschaft mit sich bringt, nicht etwa in einer Preissteigerung sondern vielmehr in einer Umsatzsteigerung auszuwerten. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Minister u. a. auch auf die Forderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume ein, gegen die er starke Bedenken äußerte. Er bekannte sich zu der Meinung, daß unser allgemeines Mietrecht schleunigst dahin geändert werden muß, daß dem Mieter, der seine Pflichten gegenüber dem Vermieter erfüllt, und insbesondere eine angemessene Miete zahlt, nur dann gekündigt werden darf, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt.

Der Minister lehnte ein Eingreifen des Staates zur Abwehr ungleicher Konkurrenz ab, erklärte es aber für notwendig, daß auf dem Gebiete der sozialen Errungenschaften, der Sonntagsruhe und des behördlich verordneten Ladenschlusses alle Betriebe gleicher Art gleichmäßig behandelt werden und daß keinerlei Begünstigungen der öffentlichen Regiebetriebe, der Geschäfte auf Eisenbahngrundstücken, des Marktverkehrs und des Hausrathhandels stattfinden.

Dr. Curtius gegen Preissteigerungen.

Auf der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am Mittwochabend eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Bestrebungen, den Einzelhandel als entbehrlich auszuscheiden und seine Funktion entweder nach der Seite der Produktion oder nach der Seite der Verbraucher zu verschieben, würden immer nur auf beschränktem Gebiet Erfolge zeitigen, denn die Erfahrung lehre, daß sich für den unmittelbaren Verkehr zwischen Produktion und Verbrauch nur verhältnismäßig wenige Waren eignen. Der Weg, den die Ware vom Erzeuger zum Verbraucher zurücklege, müsse aber möglichst kurz und billig sein, denn jedes unnütze Zwischenglied verteuere die Ware und beeinträchtige den volkswirtschaftlichen Nutzen. Der Minister verwies auf den auf der Frankfurter Industrietaugung besonders zum Ausdruck gekommenen Gedanken, daß die Aufgabe der Wirtschaft die Verbilligung der Ware sei.

Als Aufgabe des Einzelhandels im besonderen ergebe sich daraus möglichst hoher Umsatz in Qualitätswaren bei niedrigsten Betriebskosten.

Zur Lösung dieser Aufgabe müsse der Einzelhandel die stets wechselnden Konjunkturercheinungen mit wachsamem Auge verfolgen und insbesondere die Verhältnisse und Verschiebungen in der Verbraucherschaft und ihrer Kaufkraft eingehend beobachten. Steigt die Kaufkraft in breiten Verbraucherschichten, dann liegt es beim Einzelhandel ebenso wie bei der übrigen Wirtschaft, diese Steigerung der Kaufkraft durch größtmögliche Erhöhung des Warenabfahes sich zunutze zu machen. Denn es entspricht alter Erfahrung, daß eine Besserung der Einkommenverhältnisse in gesteigertem Maße zur Beschaffung von Waren aller Art führt. Es wäre deshalb falsch und eine Verkennung wichtiger wirtschaftlicher Gesetze, wenn die Steigerung der Kaufkraft, die mit einer Erhöhung der Einkommensverhältnisse großer Verbraucherschichten verbunden ist, zum Anlaß für eine Herabsetzung der Preise genommen würde. Damit würde die Steigerung der Kaufkraft wieder aufgehoben und der Wirtschaft gäbe der Vorteil, der aus ihr hätte gewonnen

werden können, verloren, weil eine Ausweitung des Absatzmarktes damit unmöglich gemacht würde. Die Reichsregierung erwarte, daß der Einzelhandel in der gegenwärtigen Sachlage diese gesamtwirtschaftlichen Grundsätze und Forderungen beachte und damit zugleich seinen eigenen Interessen am besten diene. Dr. Curtius gab seiner Freude Ausdruck über die Feststellung des Vorsitzenden der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels mit Bezug auf die Beamtenbeförderungsvorlage, daß in keinem Einzelhandelsverband oder sonst einem Zusammenschluß von Detail-Geschäften jemals der Gedanke habe Platz greifen können, das höhere Einkommen weiter Beamtenentscheidungen als Anlaß zur Preissteigerung zu benutzen.

Unbedingtes Festhalten am gegenwärtigen Preisstand werde nicht nur den Absatz halten und fördern und dadurch mindestens auf die Dauer reicheren Ertrag bringen, als vorübergehende Heraushebung von Preisen, sondern werde weit darüber hinaus einen festen Damm für die Konjunktur bilden.

Der Minister wies auf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Unkosten hin, besetzte sich dann mit der Entwicklung des Einzelhandels in der deutschen Wirtschaft und stellte mit Befriedigung fest, daß die Berufsvertretungen des deutschen Einzelhandels nur mit Vorsicht und Zurückhaltung an das an sich zweifellos notwendige und höchst wichtige Studium der amerikanischen Absatzmethoden herangegangen seien und dabei die besondere Eigenart der deutschen Verhältnisse sorgfältig berücksichtigt. Daß die Gefahr eines Zortredens der Konjunktur bestehe, sei schon wiederholt geltend gemacht worden. Wir sollten uns alle, so erklärte der Minister zum Schluß davor hüten, Laubstocher oder Unse der Konjunktur zu spielen. Die richtige Haltung scheint darin zu liegen, daß wir die Gunst der Stunde maßvoll genießen und es nicht jenem Tüllenstipendium nachmachen, der den Aufstieg in der Hoffnung auf den Abstieg beschleunigt. Der Wirtschaft sei nicht mit Höhen und Tiefen, nicht mit Hochspannung und Erschlaffung, nicht mit Ueberfüllung und Erstarrung gedient, sie erfordere ruhiges, festes, ebenes Fortschreiten.

Der Landbund zur Kreditlage.

Berlin, 14. Oktober. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat zur Kreditlage der Landwirtschaft in seiner Oktobertagung folgende Entschlüsse gefaßt:

„Das etwa um die Jahresmitte einsetzende plötzliche und fast gänzliche Stöden des Realkreditgeschäftes hat alle Hoffnungen und Dispositionen des Landwirts auf Umwandlung eines Teiles der kurzfristigen in langfristige Verschuldung zu nichte gemacht. Infolgedessen ist auch für die Beurteilung der im Laufe dieses Spätherbstes und Winters fälligen kurzfristigen Verbindlichkeiten eine völlig neue Lage eingetreten, die neue Maßnahmen erforderlich macht. Diese Lage wird dadurch erschwert, daß der kurzfristige Kreditmarkt ebenfalls für die Landwirtschaft versagt und daß infolge der Wetterverhältnisse die Erntearbeiten fast überall verschoben oder zusammengebrochen sind, daß weite Kreise der verschuldeten Landwirtschaft schon zeitlich nicht in der Lage sind, sich durch Erdbrauch und Verkauf ihrer Erzeugnisse die erforderlichen Mittel bis zum Fälligkeitstage zu verschaffen. In den durch die vorangegangenen Unwetter besonders geschädigten Reichsteilen ist die Not aufs höchste gestiegen. Hier steht die Landwirtschaft überhaupt keine Möglichkeit, irgendwelche Kredite zurückzugeben.“

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes macht daher gegenüber der Reichsregierung und dem Herrn Reichsbankpräsidenten folgende besonders dringliche Vorschläge:

1. Die von dem Reichsfinanzministerium selbst gegebenen Kredite (etwa 100 Millionen) müssen mindestens bis 1. November 1928 prolongiert und dürfen frühestens von diesem Termin an nach einem langfristigen Tilgungsplan eingezogen werden.

2. Die am 1. Dezember planmäßig fällig werdenden Raten der illiquiden Rentenbankwechsel müssen ebenfalls in allen Fällen der Zahlungsunfähigkeit und Betriebsgefährdung prolongiert werden. Entweder muß durch ein Eintreten des Reiches für den Landwirt eine Prolongationsmöglichkeit geschaffen oder aber es muß seitens der Reichsregierung an den Reparationsagenten zwecks Milderung der diesbezüglichen geschuldeten Bestimmungen herangefordert werden.

3. Besonders dringend ist die unter Ziffer 1 und 2 geschilderte Maßnahme für die durch die Unwetter geschädigten Gebiete, in denen schon mit einer verhältnismäßig kleinen Summe wenigstens die größte Not gelindert werden könnte. Hier dürfen Kredite von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Stellen überhaupt nicht zurückgefordert werden.

4. Die Prolongationen der von anderen Stellen (Preussische Seehandlung) gegebenen Kredite für Saatgut und Weinbauzwecke müssen von der Reichsregierung betrieben werden.

5. Ueber diese besonderen Maßnahmen hinaus muß das sonstige zurzeit der Landwirtschaft zur Verfügung gestellte Personalkreditvolumen voll erhalten bleiben.

6. Da die landwirtschaftliche Verschuldung überwiegend auf eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik der Vergangenheit, die auch in die Zukunft hinein das Schicksal der deutschen Landwirtschaft gefährdet, zurückzuführen ist, erwartet die Landwirtschaft jetzt von der Reichsregierung eine Milderung ihrer schwierigen Kreditlage durch Maßnahmen zur Senkung des Zinsfußes dieser Verschuldung auf ein erträgliches Maß.

Der scharfe Deud auf Rückzahlung hat schon eingeleitet. Die Erregung der Landwirtschaft steigt von Tag zu Tag. Schnelle Hilfe tut also not!

Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür, daß ein normaler Landwirt unter normalen Verhältnissen größtmögliche Produktionsleistung vollbringt und eine angemessene Entlohnung seiner und seiner Arbeiter Arbeit sowie eine angemessene Verzinsung des in der Landwirtschaft investierten Kapitals im Sinne der Genfer Entschließung herauszubringen, sind auch heute noch und auf lange Zeit nicht gegeben.

Unter diesen Umständen glaubt der Bundesvorstand des Reichslandbundes für eine weitere Kapitalaufnahme der Landwirtschaft nicht eintreten zu können. Er ist der Auffassung, daß Investierungen insbesondere auf dem Wege der Kreditaufnahme nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn Verzinsung, Amortisation und Rentabilität dieser Kapitalaufwendung nach menschlichem Ermessen sichergestellt ist. Er richtet bei dieser Gelegenheit erneut an die Reichsregierung, nicht zuletzt im Interesse der gesamten Wirtschaftspolitik, die dringende Forderung, auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß weitere Schuldenaufnahme zur Deckung laufender Betriebsverluste vermieden wird.

Reichslandbund,
gez. Epp, Präsident,
gez. von Kaldreuth, Präsident,
gez. von Ebel.

Volksleben und Wirtschaft.

Erntevorschätzung der Hackfrüchte.

Die ungünstigen Zahlen zeigt Pommeren!

Als letzte in die Reihe der Erntevorschätzungen bringt die Statistische Korrespondenz die Zentnerangabe für Kartoffeln, Rüben und Weißkohl. Immer unter der Voraussetzung, daß es sich bei den Angaben um eine Vorschätzung handelt, wird man im Staatsdurchschnitt wahrscheinlich mit einem Hektarertrag von 139,6 Dz. für Kartoffeln, 263,4 Dz. für Zuckerrüben, 380,4 Dz. für Kunkelrüben, 350,0 Dz. für Kohlrüben, 262,0 Dz. für Mohrrüben und 323,7 Dz. für Weißkohl rechnen können. Ein Vergleich des Staatsdurchschnittes dieses Jahres mit den Durchschnitten der vorjährigen Erntevorschätzungen ergibt, daß bei allen Fruchtarten die zu erwartenden Hektarerträge diesmal voraussichtlich über den durchschnittlichen Erträgen vom Hektar der Jahre 1921 bis 1926 bzw. 1922 bis 1926 liegen. Ebenso werden wahrscheinlich alle ersehten Hackfrüchte mit Ausnahme der Kohlrüben in diesem Jahre höhere Hektarerträge als nach der Novembervorschätzung vorigen Jahres zu verzeichnen haben. Bei den Kartoffeln ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie im vergangenen Jahre einen ganz besonders geringen Ertrag je Hektar hatten.

Unter Einsetzung der vorläufigen Flächenzahlen und unter Berücksichtigung der bisher bekanntgewordenen Veränderungen, läßt sich für 1927 eine wahrscheinliche Erntemenge in 1000 Dz. errechnen: Für Kartoffeln 256 135 (215 790), Zuckerrüben 82 406 (81 685), Kunkelrüben 133 989 (130 531), Kohlrüben 60 178 (61 595), Mohrrüben 5 361 (5 222), Weißkohl 5 906 (5 734). Hiernach werden vermutlich die Erntemengen dieses Jahres für Kartoffeln und Rüben — ausgenommen Kohlrüben — sowie für Weißkohl größer sein als die nach der endgültigen Erntevorschätzung 1926. Der voraussichtlich zu erwartende Mehrertrag ist nur bei den Kartoffeln und Kunkelrüben von Bedeutung. Der mittelmäßige Minderertrag bei den Kohlrüben fällt gegenüber ihrer Gesamtmenge nicht weiter ins Gewicht.

Die Güte der Kartoffeln wird verschiedenes beurteilt; recht ungünstigen Schätzungen, insbesondere aus Pommeren, Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rheinprovinz stehen so günstige Urteile aus anderen Gegenden gegenüber, daß sich im Staatsdurchschnitt immerhin noch eine mittlere Güte (3,1) ergibt. Bei den anderen Fruchtarten, vor allem bei den Mohrrüben, ergibt sich im allgemeinen eine mittlere oder auch etwas bessere Qualität. Durchweg die ungünstigsten Zahlen zeigt Pommeren.

Vermischtes.

„American Girl“ auf dem Ozean notgelandet.

Amsterdam, 14. Oktober. Einer radiotelephonisch empfangenen Nachricht zufolge ist das amerikanische Flugzeug „American Girl“, von dem lange Zeit keine Nachricht vorlag, nicht weit von der amerikanischen Küste von dem holländischen Dampfer „Varendrecht“ gesichtet worden. Das Flugzeug trieb auf dem Wasser. Die Insassen wurden von dem Dampfer aufgenommen. Beide seien wohltauf. Das Flugzeug habe einen Bruch der Delleitung erlitten. Während die Mannschaft versuchte, auch das Flugzeug zu retten, ereigneten sich zwei Explosionen; die Benzintanks flogen in die Luft und das Flugzeug brannte lichterloh. Die Flammen konnten nicht gelöscht werden; das Flugzeug brannte bis zur Wasseroberfläche ab und versank. Die „Varendrecht“ ist ein holländischer Petroleumdampfer, der am 21. September Valencia in Spanien mit der Bestimmung Houston (Texas) verlassen hatte und sich am 10. Oktober 140 Seemeilen südwestlich von Landstadt befand.

D 1230 in Horta eingetroffen.

Berlin, 14. Oktober. Nach einem bei den Zuntersfluggewerten eingegangenen Telegramm ist das Flugzeug am Freitag um 6,35 Uhr von Lissabon zur Fortsetzung seines Fluges gestartet. Wie ein späterer Funkpruch aus Lissabon meldet, wurde D 1230 um 10 Uhr vormittags über dem Atlantischen Ozean auf 15 Grad 45 Minuten nördlicher Länge und 38 Grad 24 Minuten nördlicher Breite, ungefähr 300 Meilen von der portugiesischen Küste entfernt, gesichtet. Nach einem um 4,06 Uhr aus Horta (Azoren) eingegangenen Telegramm, hat man dort auf Ponta Delgada auf der Insel Sao Miguel, der am weitesten nach Osten vorgeschobenen Insel der Azorengruppe die Nachricht erhalten, daß D 1230 den Wellenbrecher von Ponta Delgada passiert hat. — Um 17,10 Uhr deutscher Zeit ist D 1230 in Horta-Bai glatt gelandet.

Der Kanal wieder von einer Frau durchschwommen. Miß Joh Gill, die gestern vormittag 9,11 Uhr von Kap Griznez abgegangene Frau, um den Kermelkanal zu durchqueren, ist um 12,20 Uhr Mitternacht in der Chesapeake-Bucht an Land gekommen. Als ihre Füße das Ufer berührten, sank sie vor Erschöpfung zusammen. Das Begleitboot brachte sie nach dem Hafen von Dover. Die Schwimmerin hatte für die Durchquerung des Kanals 15 Stunden und 9 Minuten gebraucht.

Sturmsfahrt eines Ozeandampfers. Nach furchtbarer Stürmsahrt ist gestern der amerikanische 10 000-Tonnen-Dampfer „Antonius“ in London eingetroffen. Zwei Rettungsboote, die Barikade des Kapitäns und einen Teil der Brücke hatten die schweren Seen davongetragen, und die Keeling um die Brücke besand sich in hilflosem Zustand. Drei Tage lang hatte der Kapitän ununterbrochen auf der Brücke ausgehalten, ehe er sich ablösen ließ. Als das Zentrum des Sturmes schon überbunden war, wurde das Deck nochmals vom Bug bis zum Heck von einer riesigen Welle überspült. Drei Mann wurden mit weggeschleudert. Den Bootsmann, angeblich einen Berliner, sah die Besatzung noch mehrmals aus Glanz und Wellen auftauchen, mit einem Arm an einem Stiel Holz geklammert, den andern hilflos erheben. Da eine Rettung vollkommen unmöglich erschien, ohne den Rest der Besatzung schwer zu gefährden, mußte der Kapitän die Verunglückten im Stiche lassen.

Vom Ladendräuber erschossen. In ein im belebtesten Zentrum von Trier gelegenes Kolonialwarengeschäft drang gestern abend, als gerade der Laden geschlossen werden sollte, ein verummter Mann ein, bewarf die beiden Verkäufer mit Pfeffer und gab gleichzeitig fünf Revolverkugeln ab, durch die der Geschäftsführer getötet wurde. Der andere Verkäufer schlug dem Eindringling die Waffe aus der Hand und verlegte ihn durch Stiche mit einem Taschenmesser. Während von der Straße Hilfe herbeieilte, ergriff der Täter die Flucht und entkam. Wenige Minuten vorher war anscheinend derselbe Mann in einem in der Nähe gelegenen anderen Geschäft erschienen, hatte dort den Verkäufer mit dem Revolver bedroht und wor dann entflohen.

Kindertähmung in Götting. Hier wurde ein zweiter Fall von spinaler Kindertähmung festgestellt, und zwar handelt es sich um ein eininhalbjähriges Kind eines in der Göttinger-

straße wohnenden Ehepaars, das einige Tage in der Kinderkrippe untergebracht war. Auf Grund des ärztlichen Befundes hat der Stadtrat sofort die Schließung der Kinderkrippe und des Kinderheims angeordnet.

Auch in Ohrengen Kindertähmungen. In Klingenberg (Kreis Braunsberg) sind vier Kinder an spinaler Kindertähmung erkrankt. Im September sind dort in einem Zeitraum von vierzehn Tagen drei Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren nach drei- bis vierwöchiger Krankheit gestorben, deren Tod anscheinend auf spinale Kindertähmung zurückzuführen ist. In Krottau ist ein sechs Jahre altes Kind an spinaler Kindertähmung gestorben, zwei weitere Erkrankungen liegen noch vor.

Drachseilattentat. In Wunstorf bei Hannover hatten Verbrecherhände ein Drahtseil über die Straße gespannt. Ein Personenwagen fuhr mit erheblicher Geschwindigkeit gegen das Seil, sodaß der Oberteil des Autos vollständig durchschnitten wurde. Der Wagenführer erlitt erhebliche Schnittwunden im Gesicht, während einer der Insassen durch die zertrümmerte Rückwand geschleudert wurde. Das Ueberfallkommando aus Hannover nahm sofort die Nachforschungen nach den Tätern auf, konnte sie jedoch noch nicht ermitteln.

Tief gefunken. In Aöln am Rhein wurde ein Mann verhaftet, der in den Rhein und Ruhrflüssen zahlreiche Mäntel diebstähle verübt hatte. Wie die Ausweisepapiere ergaben, war der Verhaftete früher in Lothringen Bürgermeister und wurde von dort vertrieben. Er gab an, gänzlich mittellos zu sein und in letzter Zeit ausschließlich vom Verkauf gestohlener Mäntel gelebt zu haben.

Nach für die verweigerte Lohnerhöhung und Säühne. Vor dem Schwurgericht Neuruppin stand der frühere Angestellte der Städtischen Gas- und Elektrizitätswerke Themsfeld, der aus Nach für verweigerte Lohnerhöhung den Direktor der Werke Müller überfallen und durch mehrere Messerstiche, darunter auch einen in die Lunge, besonders schwer verletzt hatte. Auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrates wurde Themsfeld zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Stadt. Kreis. Provinz

Sonntagsworte.

Kleinigkeiten sind es oft, durch die wir uns das Leben schwer machen und öftere Stunden bereiten. Es gibt Menschen, die eine traurige Veranlagung haben, um Nichtigkeiten sich immer wieder aufzuregen und mit anderen ernstlich zu entzweien. Auch die kleinen Kümernisse, Sorgen und Enttäuschungen des Tages in Haus und Beruf, drücken sie so nieder, daß sie sich als besonders vom Unglück versolte und von ihren Mitmenschen ungerecht behandelte Stiefkinder des Schicksals fühlen. Ein wenig mehr Ruhe, Ueberlegung, Gedulds-treue und Selbstvertrauen, und viele Dinge, die den Alltag grau in grau erscheinen lassen und an die Herzen gehen wollen, enthüllen sich als Nichtigkeiten, die es wirklich nicht wert sind, daß man sich mit ihnen lange aufhält und sich und andere verbittert und jermüht.

Erst dadurch, daß wir solchen Dingen den gewichtigen Namen in unserem Leben geben, der ihnen nicht gebührt, können sie, obwohl kleine Ursachen, große Wirkungen haben, und Lebensfreude, Lebensmut und Lebensglück zerstören. Schärfen wir uns den Blick für das wahrhaft Große und Wertvolle des Lebens. Schonen wir die Kräfte des Körpers, des Geistes und der Seele, um sie dann unverbraucht einzusetzen, wenn es um ernste Fragen und hohe Ziele geht. Wer mit dem Auge des Glaubens zu schauen weiß, der findet immer für das, was wert oder unwert ist, den rechten Maßstab. Wir lesen jetzt oft, wie herrlich es ist, im Flugzeug über den Wolken zu schweben. So innerlich erhoben, frei und bequemer alle Dinge aus der Höhe betrachten zu können, wird der Mensch, dessen Seele sich auf Flügeln des Gebetes zum Himmel schwingt, „Ewigkeit in die Zeit leuchte hell hinein, daß uns werde klein das Kleine, und das Große groß erscheine, selige Ewigkeit!“

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Pfenningen: Butter 190, Schweinefleisch 90—130, Kalbfleisch 80—130, Rindfleisch 90—120, Hammelfleisch 90—110, Dorsch 25, Räucherflundern 50—90, Mal 80—150, Schot 90—100, Weißkohl 8, Rotkohl 15, Blumenkohl 40—60, Kürbis 8, Mohrrüben 10, Säfte 120, Enten 130—140, Kartoffeln 5 das Pfund, Äpfel 25—40 das Liter, Eier 13—14 das Stück.

Wir bekommen spätherbstliches Regenwetter. Die Annäherung des neuen nordwestlichen Tiefgebietes wird bis zum Wochenschluß der trodenen Witterung ein Ende machen, da die von dem Tief herangeführte wärmere ozeanische Luft auf die Mitteleuropäer bedeckenden kälteren Schichten aufgleiten und Regengüsse bringen wird. Ueberhaupt scheint die ozeanische Wirksamkeit wieder stärker aufzuleben, und daraus ergibt sich für die kommende Woche wieder veränderliches, zu Regenfällen neigendes Wetter bei spätherbstlichen Wärmeverhältnissen.

Öffentliche Übung der Sanitätskolonne. Zu der Uebung, welche die hiesige Sanitätskolonne am morgigen Sonntag vormittag um 10,30 Uhr ab an der Eisenbahnrampe Wittower Straße Ecke Kl. Auerstraße und auf dem Hofe der Gasanstalt abhält, sind auch 25 Sanitätsmannschaften aus Lauenburg, Schlawe, Büttow, Neufettin und Köstlin als Gäste angemeldet. Die Uebung wird beaufsichtigt vom Bezirksinspektor des Kolonnenbezirks Stolp, Med.-Rat Dr. Kaymund. Den Schluß bildet ein Vorbeimarsch der hiesigen und auswärtigen Kolonnenmitglieder vor dem Bezirksinspektor und den Ehrengästen.

Förderung des Baues ländlicher Ledigenheime. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat sich in einem Schreiben an die Länder damit einverstanden erklärt, daß zunächst von der Reichsregierung auch der Neubau ländlicher Ledigenheime aus Umbau vorhandener Maffgebäude zu Ledigenheimen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert wird. Jedes Bauvorhaben muß getrennte heizbare Schlafräume für männliche und weibliche Arbeitskräfte mit völlig getrennten Aufgängen für beide Abteilungen vorsehen, eine gemeinsame Küche und bei größeren Anlagen einen gemeinsamen Speise- und Aufenthaltsraum. Auf den Kopf der in dem Ledigenheim unterzubringenden Landarbeiter oder Landarbeiterinnen können bis zu je 10 Qdrtm. Grundfläche aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden. Für die Bewilligung, Tilgung und Sicherstellung der Darlehen gelten entsprechend die Bestimmungen für den allgemeinen Landbauweiterbauabau.

Die Pommersche Bucht die Kinderkrippe der Plattische. Die Untersuchungen der Deutschen wissenschaftlichen Kommission für Meeresforschungen in den letzten Jahren haben ergeben, daß die Swinemünder Bucht mit der Oberbank als die größte Kinderkrippe der Plattische in der mittleren Ostsee anzusprechen ist. Während die Schorre in den anderen Küstenge-

bielen verhältnismäßig steil zur größeren Wassertiefe abfällt, bildet das umfangreiche Gebiet der Pommerschen Bucht in Folge des überwiegend sandgründigen, flachen und damit auch wärmeren Wassers einen idealen Zummelplatz für die jüngsten Jahrgänge der Plattfischarten, von denen die Flunder am zahlreichsten vertreten ist. Aus den Hauptfischgebieten der Flunder (Bornholmer und Arkona-Becken) strebt die junge Brut in die südlich davorliegende Pommersche Bucht, um dann im reiferen Alter in die tieferen Nachbargebiete abzuwandern. Zur Schonung des Jungfischbestandes, der auch für die rügenische und ostpommersche Fischerei bedeutungsvoll ist, machen sich Bestrebungen bemerkbar, auch im Küstenbezirk der Pommerschen Bucht eine Sperrzone für die Schleppnetzfischerei — wie sie übrigens an der ostpommerschen und westpommerschen Küste innerhalb der 2- bzw. 3-Meilenrenze bereits besteht — einzuführen.

Aus dem Theaterbüro. Sonntag, den 16. Oktober, vorn. 11.30 Uhr, findet die erste Morgenfeier statt, bei der Dr. Ernst Schaller (Weimar) über Nietzsche's Weltanschauung sprechen wird. Dem Vortragenden geht der Ruf eines ausgezeichneten Nietzsche-Interpreten voraus. Die Freunde der Philosophie, der Kunst und des Theaters dürften bei diesem Vortrage gleichmäßig auf ihre Rechnung kommen. — Abends 8 Uhr, zum zweiten Male „Drei arme kleine Mädel“, Operette von W. Kollo. — Montag, den 17. Oktober, 8 Uhr, „Drei arme kleine Mädel“. — Dienstag, den 18. Oktober, 8 Uhr, anlässlich des 70-jährigen Geburtstages S. v. Kleist „Prinz Friedrich von Bomburg“.

Wobesche. Die Kartoffelernte ist in hiesiger Gegend noch nicht beendet, besonders die größeren Güter werden noch längere Zeit zu tun haben. Das Ausbringen der Kartoffeln ist in diesem Jahre ganz besonders schwierig, weil die Felder in Folge übermäßiger Feuchtigkeit oft vollständig mit Quecke zuwachsen sind. Die Ernte selbst bietet in unserer Gegend meistens ein trauriges Bild. Im allgemeinen sind die Knollen sehr klein geblieben; durchweg sind sie streifig und faultig und zu normaler Ueberwinterung gar nicht oder nur wenig geeignet. Der Landwirt wird seine Mieten und Keller unter sorgsamster Pflege stellen müssen, wenn er die zur Ernährung von Menschen und Tieren und zur Ausfaat notwendigen Mengen durch den Winter hindurchbringen will.

Subitz. Brand durch Funkenflug. — Bei dem Landwirt Willi Wolb in Drahweh-Abbau brach ein Feuer aus, durch das Wohnhaus, Stall und Scheune eingeeigert wurden. Die Ursache ist darauf zurückzuführen, daß Kinder in einem sehr Papier verbrannten und das mit Stroh gedeckten Dach durch die aus dem Schornstein kommenden Funken Feuer fing. Stargard. An spinaler Kinderlähmung sind der Uhrmachermeister Schmidt und sein Kind erkrankt. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht.

Stettin. Straßentraub. — Im September hatte ein Gastwirt an einem Vereinsabend in einer Gastwirtschaft in der Oberstadt teilgenommen. Zu ihm und seinen Bekannten gesellte sich ein Fremdling und man spendierte auch ihm Getränke. Beim Schluß war er dem Gastwirt beim Anziehen des Ueberziehers behilflich und verstand es, sich dem Gastwirt, der nach Hause ging, gewissermaßen aufzudrängen. Abnunglos schloß man ihm das. Unterwegs entpuppte sich der harmlose Gast aber als Räuber. Er versetzte dem Gastwirt plötzlich einen Schlag unter's Kinn, daß er niederstürzte, entriß ihm die Brieftasche mit 130 Mark und lief fort. Einige Tage später konnte man den Räuber verhaften. Ein Handwerksmeister hatte den Gastwirt gefragt, mit was für einem Gesellen er denn nach Hause gegangen sei; als er hörte, daß dieser den Gastwirt noch geraubt hätte, gab er ihm die Adresse und so konnte als Täter der 21 Jahre alte Knacker Walter Gebauer aus Stettin festgenommen werden. Das Weib hatte er verbracht. Jetzt mußte er sich wegen Raubes verantworten. Er will betrunken gewesen sein. Das Gericht billigte dem Angeklagten wegen seiner Jugend noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf die zulässige Mindeststrafe von einem Jahre Gefängnis.

Frelenwalde i. P. Einen Selbstmordversuch beging in einer Gastwirtschaft ein jugendlicher Reichswehrsoldat, indem er sich eine Kugel in den Kopf schob. Schwer verletzt wurde er

von der Sanitätskolonne in das Garnisonkrankenhaus nach Stargard gebracht.

Anklam. Selbstmord. — Auf dem Staatsbahnhof erhängte sich der Hefeisbergarbeiter Adolf Bräutigam an einem alleinstehenden Güterwagen. Er bestieg das Bremshäuschen und band den Strick an dem Lampenhalter des Wagens fest. B. hatte ein sehr unordentliches Leben geführt und war vor etwa 14 Tagen von seiner Arbeitsstelle entlassen worden.

Altshamm. Zwischen die Räder geraten. — Beim Rangieren in der Kartoffelrodensfabrik geriet der Arbeiter Karl Stallmach zwischen die Räder und erlitt schwere Verletzungen. Im Krankenhaus verstarb der Verunglückte nach seiner Einlieferung.

Bätowalbe (Nm.). Ein blinder Pastor, Herr Karl August Klügel, der bereits seit 8 Jahren ein volles zweites Pfarramt in Bätowalbe verwaltet, wurde nunmehr endgültig vom Preussischen Evangelischen Oberkirchenrat durch Schreiben vom 6. September als Pfarrer bestätigt. Seine Einführung erfolgte am 9. Oktober. Es ist dies wieder ein bemerkenswerter Schritt vorwärts auf dem Gebiet der beruflichen Betätigung blinder Akademiker.

Wutzig, Kr. Dramburg. Das Spiel mit Streichhölzern. — Auf dem Gehöft des Pfarrpächters A. Bras spielte ein sechs-jähriger Junge mit Streichhölzern. Der Brand legte die Wirtschaftsgebäude mit der Ernte in Asche.

Altentrichen a. Müg. Festnahme eines langgesuchten Verbrechers. — Ein schwerer Junge namens Piefke, von Beruf Schlächter, wurde von der Landjägeri Altentrichen durch Zufall auf dem Gute Brecken festgenommen und dem Amtsgericht Bergen eingeliefert. Der Verbrecher, im Kreise Kolberg beheimatet, war dort erst kurze Zeit unter seinem richtigen Namen in Arbeit. Er wurde seit einem Jahr von drei Staatsanwaltschaften gesucht und war dreimal bei der Gefangenenernte entwichen.

Trassenheide a. Uedom. Güter Fischfang. — Sehr günstige Fangergebnisse haben in diesem Jahre die Trassenheider Fischer. Von schon der Flunderfang im Sommer überaus einträglich, so bringt jetzt auch der Heringfang reiche Erträge. Viele Zentner hat täglich jedes Boot. Am 12. Oktober hatte Karl Lucht allein 23 Zentner Heringe. Wie verlautet, wollen mehrere Fischer den Gewinn dieses Jahres zur Beschaffung von Motoren für ihre Boote anlegen.

Uben, Kr. Deutsch-Krone. Eine Witwe um ihre Ersparnisse befohlen. — Die Witwe des Postassessors Pr. hier verlag am Sonntagabend ihre Stubentür abzuschließen. Als sie am Dienstag nach der Stadt fahren wollte, um Einkäufe zu machen, sah sie zu ihrem Schrecken, daß ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 500 Mark gestohlen waren.

Wie wird das Wetter?

Bericht der deutschen Seewarte.

Die Rinne niedrigen Druckes, welche sich gestern früh vom Weissen Meer nach der Biscayasee erstreckt, trägt bereits jetzt deutliche Anzeichen der beginnenden Auffüllung, die ein Ausbreiten der nordeuropäischen Hochdruckbrücke nach Süden hin gestatten dürfte. Dadurch wird unsere Witterungsgestaltung unter den Einfluß des nordatlantischen Hochdrucksystems gelangen, doch wird die ozeanische Lage des Mittelpunktes desselben vorerst noch ein nennenswertes Ausfließen nicht aufkommen lassen.

Wetter-Vorhersage: Mäßige nordöstliche bis nördliche Winde, meist wolfiges Wetter mit zeitweisen Regenfällen, Frühnebelbildung und wenig veränderte Temperaturen.

Standesamt.

Sterbefälle vom 8. bis 14. Oktober.

Hans-Jürgen Jaeger, Sohn des Buchhalters Stegried Jaeger, 3 Tage alt; Schneidermeister Friedrich Sahn, 47 J. alt; Oberzollsekretär Otto Gubelt, 69 J. alt.

Letzte Meldungen.

Die Preußen-Anleihe überzeichnet.

Berlin, 14. Oktober. Wie aus Neudorf gemeldet wird, konnten die Zeichnungsbücher für die Preußen-Anleihe gleich

nach der Auflegung geschlossen werden. Zeichnungen gingen aus allen Teilen des Landes ein. Die Anleihe wurde stark überzeichnet.

Gena Beg in Prag ermordet.

Prag, 14. Oktober. Die Polizeikorrespondenz meldet: Der albanische Gesandte Gena Beg, gleichzeitig albanischer Gesandter in Belgrad, wurde heute Abend in einem hiesigen Kaffeehaus das Opfer eines Attentats. Ein sechszehnjähriger Bursche, angeblich ein Mazedonier, stürzte sich in den Augenblick, als der Gesandte in der Garderobe seine Oberkleider holen wollte, auf den Gesandten und gab aus unmittelbarer Nähe einen Revolverstoß auf ihn ab. Der Gesandte brach zusammen. Das Publikum, das sich auf den Täter gestürzt hatte, übergab ihn der Polizei. Gena Beg wurde in ein Krankenhaus übergeführt, wo er seinen Verletzungen erlag.

Flugzeugabsturz in Staaten.

Berlin, 15. Oktober. Bei einem Übungsflug auf dem Flugplatz Staaten stürzte ein Flugkünstler bei einer scharfen Rechtskurve ab. Der Pilot wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Apparat ging in Trümmer.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Mark 248-251 (am 13. 10.: 248-251). Roggen Mark 239-241 (237-239). Sommergerste 220-267 (220-267). Inländische Futtergerste — (—) Wintergerste — (—). Hafer Mark 198-212 (198-212). Mais loco Berlin 192-194 (192-194). Weizenmehl 32,00-35,25 (32,00-35,25). Roggenmehl 31,75-33,50 (31,75-33,50). Weizenkleie 14,00-14,25 (14-14,25). Roggenkleie 14,00 (14,00). Raps 305-315 (305-315). Leinöl — (—). Diktoriaerbsen 52-57 (52-57). Kleine Speiseerbsen 35-37 (35-37). Futtererbsen 22-24 (22-24). Pelusken 21,00-22,00 (21,00-22,00). Ackerbohnen 22-24 (22-24). Mägen 22,00-24,00 (22,00-24,00). Lupinen blaue 14,50-15,50 (14,50-15,50). gelbe — (—). Seradella — (—). Rapskuchen 15,80-16,10 (15,80-16,10). Leinkuchen 22,30-22,60 (22,30 bis 22,60). Trockenschmelz 10,20-10,70 (10,20-10,70). Sojafschrot 19,70-20,30 (19,70-20,30). Kartoffelflocken 25,00-25,20 (25,00-25,20).

Berliner Frühmarktnotierungen vom 14. Oktober.

Weizen: Okt. 269,50, Dez. 273, März 275,25, Tendenz: stetig. Roggen: Okt. 243,75, Dez. 244, März 248, Tendenz: fester. Hafer, gut 240-250, mittel 220-239, Wintergerste, 236-244, Gerste, gut, 240-268, Futterweizen 260-270, gelber Platomais 294-298, kleiner Mais 198-205, Futtererbsen 250-260, Laubenerbsen 348-376, Wicken 260-270, Roggenkleie 144-154, Weizenkleie 146-156, Tendenz: ruhig.

Stettiner Produktennotierungen vom 14. Oktober. Per 1000 Kilogramm: Roggen incl. 242, Weizen incl. 262, Hafer 195 bis 212, Sommergerste 215-225, Braugerste 250-270; Kartoffeln, weiße 2,50, rote 3,—, gelbfleischige 3,30, Industrieartortfein 3,40. Erzeugerpreis frei Waggon Reichsbahn-Station.



Mehr Abwechslung im Küchenzettel

findet Zustimmung von allen Seiten. Wechselt Sie öfters öfter einen Gang mit einem guten Oetker-Pudding aus, denn er schmeckt ausgezeichnet, ist nahrhaft und preiswert, so daß Ihr Haushaltsgeld keinen Zuschuß braucht. In vielen Sorten in den einschlägigen Geschäften erhältlich. Verlangen Sie ebenda das neue Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F für 15 Pfg., wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspr.: Backpulv. »Bacina« 1 Stck. 10 Pfg. 3 Stck. 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanille-Soßpulver 5 Pfg., Gula-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Mandelkern-Puddingpulver 20 Pfg., Schokoladenteigpulver incl. gelbem Mandeln 25 Pfg., Krokant-Puddingpulv. 30 Pfg., Gulas 225 g 35 Pfg., Einnachie-Halle 7 Pfg.

Bekanntmachung

betreffend die Wahl der Vertrauensmänner u. Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung.

Die Neuwahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner findet statt:

für die Arbeitgeber und die Angestellten am 20. November 1927 von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags,

für den Wahlkreis umfassend den Stadtkreis Stolp. Gewählt wird:

für Stimmbezirk A im Zimmer 45 des Rathauses, für Stimmbezirk B im Zimmer 11 des Rathauses.

Der Stimmbezirk A umfaßt den Stadtteil westlich der Stolpe, der Stimmbezirk B den Stadtteil östlich der Stolpe.

Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis spätestens 3 Wochen vor dem Wahltag dem unterzeichneten Wahlleiter Vorschlagslisten einzureichen, die von wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen aufzustellen sind. Diesen Vorschlagslisten stehen nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung solche Vorschlagslisten der Arbeitgeber oder der Versicherten gleich, die von mindestens

5 Wahlberechtigten unterschrieben sind.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersatzmänner zu wählen sind.

Die vorgeschlagenen sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in Reihenfolge aufzuführen. Eine Trennung der vorgeschlagenen nach Vertrauensmännern und Ersatzmännern ist unzulässig.

Mit der Einreichung der Vorschlagslisten ist von den Wahlberechtigten ein Listenvertreter und ein Stellvertreter, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter bevollmächtigt sind, zu benennen.

Die Vorschlagsliste nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie den Vorschriften des § 7 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig gehoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die Listenvertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des 11. Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den versicherten Angestellten bis zum 30. Oktober 1927 nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig bezeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die bei der Reichsversicherungsanstalt versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte, für die Ersatzklassenmitglieder eine Bescheinigung der Ersatzklasse als Ausweis. In der Versicherungskarte oder der Bescheinigung muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl nachgewiesen sein. Hat ein Ersatzklassenmitglied noch eine gültige Versicherungskarte, so darf ihm die Ersatzklasse keine Bescheinigung ausstellen. Die Wahlberechtigung der Arbeitgeber wird durch eine von der Gemeindebehörde (dem Gutsvorsteher) des Betriebsitzes ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen.

Die Ersatzklassenmitglieder und die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigungen ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Bevollmächtigung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel in verschlossenem Wahlumschlag dem Wahlleiter unter Beifügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzuliefern.

Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher der Wahl des örtlichen Stimmbezirktes ausgehändig. Der Brief muß spätestens am 20. November 1927 bei der unterzeichneten Behörde eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig.

Wahlberechtigten Versicherten, die sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb ihres Wahlbezirktes aufhalten, stellt der Wahlleiter auf Antrag gegen Hinterlegung der Versicherungskarte oder der Bescheinigung der zuständigen Ersatzklasse einen Wahlschein aus. Im übrigen gilt der vorhergehende Absatz entsprechend.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene Hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als 20 Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen. Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind; andernfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben. Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der vorgeschlagenen in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Stolp, den 5. Oktober 1927.

Der Oberbürgermeister.

Im dunkeln Bann.

Roman von Paul Grabein.

30. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten)

Herbert schlug sich unwillkürlich mit der Hand vor den Kopf. Wie einfach löste sich ihm jetzt jener so lange rätselhaft gebliebene Vorgang! Doktor Martott aber schloß nun seine Ausführungen:

„Die arme Frau hat so eigentlich schließlich nur noch eine Automatenexistenz geführt, bei der ihr persönlicher Wille in allen wichtigen Dingen ganz ausgeschaltet war. So erklärt sich die Schenkung ihres Vermögens an ihren Mann, ihre absolute Zustimmung zu allem, was er sagte und tat. Daß aber auch alle jene wirren Verfolgungsideen und der merkwürdige Gedächtniswandel nichts weiter als ihr ausgezogene Vorstellungen sind, werden Sie mir jetzt ohne weiteres glauben. Ganz charakteristisch dafür ist ja die Ihnen, Herr Bedenkund, stets von Frau Bacarescu gegebene typische Antwort auf alle entsprechenden Fragen: „Ich weiß nicht!“, wobei Ihnen oftmals ein Ausdruck geheimen Widerwillens auf ihrem Gesichte aufsteht. In solchen Augenblicken befand sich natürlich ihre Seele stets in einem gewissen Zwiespalt, der ihr Unlust verursachte: auf der einen Seite die natürliche, ich möchte sagen rein mechanische Neigung, diese Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten, auf der anderen Seite der ihr sofort zum Bewußtsein kommende Zwangsbefehl ihres Gatten und Meisters: „Du darfst nicht!“ Du weißt das nicht mehr, wenn dich jemand fragt!“

Es dürfte Sie vielleicht interessieren, meine Herren — Doktor Martott erhob sich —, „das, was ich Ihnen eben theoretisch auseinandergesetzt habe, nun experimentell sich bewahrheiten zu sehen?“

Beide Herren beecilten sich, das zu versuchen. „Gut! So folgen Sie mir, bitte, zu einer Patientin. Ich werde Sie als Kollegen vorstellen.“ Mit gespannter Erwartung traten die beiden nun mit Doktor Martott in den Raum ein, der sich nach der andern Seite an sein Sprechzimmer anschloß.

Es war ein sehr großer Salon mit vielen Nischen, die durch Palmenarrangements und Wandschirme gebildet waren. In diesen voneinander abgeschlossenen Winkeln lagen oder saßen auf Chaiselongues und Sesseln alle die Damen, die sie vorher im Wartezimmer gesehen hatten, teils in vollem Schlafzustand, teils halb wach, aber mit einem verträumten, geistesabwesenden Ausdruck.

Doktor Martott schritt nun auf eine ältere Dame zu, die anscheinend in tiefem Schlaf in dem Sessel lag, aber die Augenlider nur halb geschlossen, sodaß man die wie in einem Krampf nach oben gedrehten Pupillen erkennen konnte.

„Die Skatolepie der Pupillen, des Charakteristikum des hypnotischen Schlafzustandes“, erklärte Doktor Martott; dann machte er mit der Hand ein paar Streichbewegungen vor dem

Gesicht der Dame, rief ihr leise etwas zu, und plötzlich schlug sie langsam die Augen ganz auf.

Wie aus einem tiefen Schlaf erwachend, fuhr sie sich mit der Rechten über Stirn und Augen und blickte dann erstaunt um sich, als könne sie sich nicht recht besinnen, was eigentlich mit ihr sei. Wie eine leise Beschämung kam es dann über sie, als sie sich plötzlich so liegend den fremden Herren gegenüber fand, und schnell richtete sie sich auf.

„Zwei Kollegen von auferhalb, Fräulein Methling, die meine Behandlungsmethode interessiert“, beruhigte sie schnell Doktor Martott, während die beiden Herren sich artig vor der Dame verneigten.

„Gestatten Sie wohl, daß ich Sie in Anwesenheit der Herren noch einmal einschläfere?“

Das ältliche Fräulein schien etwas ängstlich und zweifelhaft; aber ein ernst mahnender und zugleich freundlich ermunternder Blick ihres Arztes bestimmte sie sofort. Gehorsam erwiderte sie: „Wenn Sie es wünschen, Herr Doktor — natürlich.“

„Zehr freundlich“, nicht dankend Doktor Martott. „Aber bitte nicht hier, kommen Sie.“ Er half ihr ganz aufstehen und führte sie am Arm in sein Sprechzimmer zurück. Dort hieß er die Patientin sich auf einen Sessel vor dem Schreibtisch niederzusetzen.

„So — nun erzählen Sie, bitte, den Herren Kollegen hier, weshalb Sie mich konsultieren.“

Fräulein Methling gab Auskunft, daß sie ihrer quälenden Kopfschmerzen wegen zu Herrn Doktor Martott käme, dessen hypnotische Behandlung ihr diese Beschwerden stets auf lange hinaus fernhalte.

„Schön! Nun gestatten Sie, bitte, den Herren noch einige Fragen über ihre Personalia, nach Ihrer Familie, nach den Ärzten, die Sie früher behandelten und dergleichen.“

Es geschah, und die Dame gab deutlich und klar über alles Auskunft.

„So“. Doktor Martott sah die Herren an. „Ich denke, das genügt wohl.“

Herbert und Moosfetter verneigten sich dankend. „Nun — dann sehen Sie mich mal wieder an, Fräulein Methling, so — ganz ruhig. Sie werden schlafen — gleich schlafen! Sie werden müde — Sie schlafen schon!“ Er sah ihr mit einem beschleunigten Blick scharf in die Augen, und in der Tat — nur wenige Sekunden später zeigten diese wieder jene charakteristische Pupillenstellung, und der Kopf sank schlaftrunken auf die Seite, sodaß ihn Doktor Martott aufrichten und in eine bequeme Lage bringen mußte. Kein Zweifel also, die Patientin war bereits wieder im hypnotischen Zustand.

Lächelnd sah Doktor Martott auf die beiden Herren.

„Fräulein Methling in allerding ganz besonders suggestibel; aber nach allem, was ich von Ihnen gehört habe, dürfte es Frau Bacarescu nicht minder sein — ich traue mir zu, mit ihr ebenso schnell fertig zu werden. So — nun passen Sie

auf — jetzt werde ich einmal ein bißchen Doctor Bacarescu spielen.“ Er wandte sich wieder der alten Dame zu.

„Sehen Sie mich an, Fräulein Methling!“ Gehorsam wandte sie den Kopf zu ihm hin, aber ganz automatenhaft, — unwillkürlich erinnerte sich Herbert dabei der Bewegungen Frau Bacarescus jedesmal beim Anruf ihres Mannes, — und ihre Züge blieben unverändert starr und ausdruckslos. „Wenn Sie nachher aufwachen, wissen Sie nichts mehr von Ihrer Familie — Sie können sich nicht mehr auf sie besinnen, wissen nicht mehr, wie Ihre Geschwister und sonstigen Verwandten heißen — Sie haben es vergessen! Sie können sich nicht mehr darauf besinnen — Sie können nicht. Wer Sie auch fragt! Und wenn Sie jemand nach den Ärzten fragt, die Sie vor mir behandelt haben, so werden Sie es nicht sagen — unter keinen Umständen! Haben Sie verstanden? Ich verbiete es Ihnen aufs strengste!“

Noch einmal wiederholte Doktor Martott eindringlich seinen Blick und seine Befehle, dann ließ er die Patientin wieder erwachen, und es bot sich daselbe Bild wie vorher. Nachdem sich aber Fräulein Methling von ihrer Schlaftrunkenheit wieder erholt hatte und ganz munter geworden war — sie plauderte unbesangen und ganz klar über alles mögliche, nicht das geringste Abnorme zeigte sich dabei an ihr —, gab Doktor Martott Herbert heimlich einen Wink, und dieser begann, in hochgepanneter Erwartung: „Verzeihen Sie, Fräulein Methling — ich wollte schon vorher fragen — wie heißt doch Ihr ältester Herr Bruder mit Vornamen?“

Fräulein Methlings Miene wurde sofort nachdenklich; sie sann eine ganze Weile, dann schüttelte sie den Kopf: „Ich weiß nicht.“

„Sie wissen nicht? — Aber das ist doch nicht möglich! Besinnen Sie doch doch nur!“

Wieder gab sie sich alle Mühe, man sah, wie sie nachdachte, sich ärgerlich über die Stirn strich, aber wieder erklärte sie schließlich:

„Ich weiß wirklich nicht — ich kann mich nicht darauf besinnen.“

Lächelnd nickte Doktor Martott insgeheim den beiden Herren zu: „Nun, da haben Sie genau Ihren Fall!“

Dann ergriff Moosfetter das Wort: „Aber das werden Sie mir doch sagen können, Fräulein Methling, welcher Arzt Sie zuletzt behandelt hat, ehe Sie hierher zu Herrn Doktor Martott kamen!“

Dieser war offensichtlich noch weiter zurückgetreten und lehnte ihr jetzt den Rücken zu, anscheinend an einem Schränkchen beschäftigt. Aber unwillkürlich lehnte sich Fräulein Methling nach ihm hin, dann sah sie Herrn Moosfetter wieder an, aber ihre Miene zeigte jetzt einen Ausdruck geheimen Unwillens, und sie antwortete nicht.

Noch einmal wiederholte Moosfetter seine Bitte, aber wieder schweigend.

(Fortsetzung folgt.)

Da es mir bei den vielen Beweisen herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden beim Heimgange meines geliebten Mannes unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken, spreche ich, auch im Namen der Hinterbliebenen, auf diesem Wege, allen meinen tiefempfindenen Dank aus.

Frau Elisabeth Sahn

Stolp, den 15. Oktober 1927.

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtverordnetenversammlung

Sitzung am Mittwoch, den 19. Oktober 1927 nachmittags 4 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung.

1. Jahresrechnungsentlastung der Volkstückenverwaltung für 1926.
2. Wahl von Mitgliedern für das Schouamt.
3. Gelpannhaltung in der Oberförsterei.
4. Kosten für den jüdischen Religionsunterricht.
5. Zuschuß für die Herstellung eines Buches.
6. Kündigung einer Vereinbarung.
7. Vertrauensmännerwahl zur Schöffen- und Geschworenenliste.
8. Zurücknahme eines Bürgerchaftsantrages.
9. Wahl eines Armenpflegers.
10. desgl.
11. Jahresrechnungsentlastung der Schlacht- und Viehhofverwaltung für 1926.
12. Jahresrechnungsentlastung der Volksschulverwaltung für 1926.
13. Geländetausch.
14. Vertrag wegen der Hauptverkehrsstraßen.
15. Baugeschäftsordnung.
16. Meliorierung von Gütungsflächen bei Deutsch-Plasow.
17. Verlängerung eines Erbbaurechts.
18. desgl.
19. Beisitzerwahl zum Mieteinigungsamt.
20. Unterstützungserhöhung für Sozialrentner.
21. Chauffierung des Walzmühlweges.
22. Wahl von Mitgliedern in den Ausschuß für höhere Schulen.
23. Fluchtlinienänderung der Franz Nischkestraße.
24. Umgestaltung des Geländes an der Backschleufe.
25. Biersteuerordnung.
26. Wertzuwachssteuerordnung.
27. Antrag wegen Gewährung von Unterstützungen.
28. Antrag wegen Anrechnung von Renten auf Rubelöhne.
29. Anfrage wegen des Wasserkraftwerks Bedlin.
30. Ausbau der Birtenallee.

Nichtöffentliche Sitzung.

1. Anstellung von Beamten.
2. desgleichen.
3. Gewährung einer Aufzuchtungsstelle.
4. Uebernahme einer Ausbittungsgarantie.
5. desgleichen.
6. Anstellung eines Beamten.
7. desgleichen.

8. Ueberlassung eines Bauplatzes.
9. Verkauf einer Baustelle.
10. Uebernahme einer Bürgerchaft.
11. desgleichen.
12. desgleichen.
13. desgleichen.
14. Zustimmung zu einem Vergleich.
15. Uebernahme einer Bürgerchaft.
16. Genehmigung zur Annahme einer Nebenvergütung.
17. Ankauf von Separationsgräben.
18. Verkauf einer Straßensfläche.

Stolp, den 14. Oktober 1927.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Verkauf der Badeanstalten an der Bleiche und an der Mühlenstraße auf Abbruch. Termin Freitag, den 21. Oktober 1927 11 Uhr im Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer 88a. Die Unterlagen können dort eingesehen oder zum Preise von 0,50 — RM. entnommen werden.

Angebote sind post- und bestellgeldfrei, verschlossen und entsprechend bezeichnet spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Stolp, den 13. Oktober 1927.

Der Magistrat.

Der Serpentinweg zwischen der Hindenburg-Kampfbahn und dem Waldater bleibt bis auf weiteres gesperrt.
Stolp, den 13. Oktober 1927.
Der Magistrat.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-
Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf.

Dele Fette

la. Treibriemen

2-teilige Holzriemenselben

J. de Veer, Stolp, Lange-
straÙe 13.

Fernspr. 792

Gegr. 1862

Umzüge und Expeditionen aller Art

erledigt unter Garantie sorgfältigster Ausführung preiswert.

Paul Schmidt

Bahnspediteur

Fernruf 67 u. 68.

Amtsstr. 35 a

Der verehrten Kundschaft

von Stolz und Umgehend zur gefl. Kenntnissnahme, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes mit Unterstützung, der von meinem Manne langjährig erprobten Zuschneider und Schneider, in unveränderter Weise weiterführe.

Ich bitte das meinem Manne in so reichem Maß entgegengebrachte Vertrauen auf mich gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Frau Elisabeth Sahn.

Jetzt ist es Zeit an Ihre Herbst- u. Wintergarderobe

zu denken. — Bei billigster Preisberechnung führt Arbeiten schnell und sauber aus

Oskar v. Woyski

Herren- und Damen-Moden

Stofflager

Stolp i. Pom., Wilhelmstraße 11.

Bei Rheuma trink' Embeha-Tee,

Bestimmt vergeht dann alles Weh!

Ein Paket, 14 Tage reichend, RM 3.50

10000 Anerkennungen

Niederlage: In allen Apotheken

Engros-Vertrieb:
Pharmazent. Handelsges. m. b. H. Stolp

Schmiedeeiserne Stall- und Gebäude- Fenster

bieten an

Willi Neikle und

Karl Donow

Wollmarktstraße 20.

la. Bohnermasse u. Fußbodenbeize

in bekannter Güte empfiehlt

J. de Veer, Langestr. 13.

Stadttheater

Ruf 419.

Sonntag, den 16. Oktober
vorm. 1/12 Uhr

Morgenfeier Nießches Weltsendung

Abends 8 Uhr

„Drei arme
kleine Mädels“

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Alt-Jugelow (Gut und Gemeinde) belegenen, im Grundbuche von Alt-Jugelow Band I Blatt 13, Band III Blatt 43 und Band III Blatt 46 auf den Namen des Landwirts Leo Hübner in Alt-Jugelow eingetragenen Grundstücks wird aufgehoben. Der auf den 26. Oktober 1927 bestimmte Termin fällt weg.
Stolp, den 12. Oktober 1927.
Amtsgericht.

Für 8,50 Mt.

auf mein Postkreditkonto eingesandt erh. Sie einen kompl. Turn-Apparat bestehend aus: Schautelring, Einhängel-Trapez, Einlege-Schautel. Alle Teile sind answechselebar. 10 mm weiße Hanfseile m. Kauschen, Eisenteile extra hart, Holzringe, Trapez und Schautelbrett, 1 1/2 m kompl. pro Garnitur 8,50 Mt., 2 m kompl. pro Garnitur 9,20 Mt., 3 m kompl. pro Garnitur 9,60 Mt., 1 Paar starke, eis. Schraub-haken 0,40 Mt.

Weiterverbrtg. empfehlensw.
H. Balkes
Hängemattenfabrik
Wollenbüttel b. Braunshweig
Postkred.-Konto
Postfach 5146
Hannover 5146
Gen. u. leserl. Adresse ang.